

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend
Anzeigenpreis: die halbpaltre Raumzeile 20 Rpf., die halbpaltre Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfenninge, die halbpaltre Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfenninge im täglichen Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfenninge. Der geschriebene Preis wird nach Möglichkeit annehmbar gemacht. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 98 — 91. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Wilsdruff“

Wilsdruff-Dresden

Verlag: Dresden 2640

Mittwoch, den 27. April 1932

Fernöstliches Gefasel.

Ganz unbarmherzige Wige macht doch die Weltgeschichte! Allerdings ist es schon bald elf Jahre her, seit der Chinese Wellington Koo an der Spitze der Völkerbundkommission stand, die Oberschlesien zerschneiden hat. Jetzt ist demselben Herrn, der damals über deutsches Land entschied, die weniger angenehme Aufgabe zuteil geworden, als Mitglied wiederum einer Völkerbundkommission ein Stück der eigenen Heimat schützen zu wollen: die Mandchurei. Da haben ihn die Japaner zunächst einmal den Sekretär verhaftet, ließen ihn dann auf Drängen der Kommission frei, expedierten ihn aber aus der Mandchurei hinaus. Sie benehmen sich überhaupt recht unfreundlich Herrn Wellington Koo gegenüber. Er wird genau überwacht, und wer sich von seinen Landsleuten mit Beschwerden über die japanischen Regierungsmethoden in der Mandchurei zu ihr wagt, der wird von den Japanern genau kontrolliert, meist einsamerweise gleich verhaftet. Herr Koo hat sich — nicht zu Unrecht — darüber bei der Völkerbundkommission beschwert, aber nun bekommt er sehr nachträglich so etwas Ähnliches zu spüren, wie es einst die Behandlung der deutschen Abklärungs- und Grenzziehungskommission in Oberschlesien gewesen ist.

Einen noch tollereren Witz würde die Weltgeschichte sich allerdings damit leisten, wenn etwa gerade jetzt, da die Völkerbundkommission in der Mandchurei „Reifestellung macht“ — soweit die Japaner das zulassen! — der unter der Decke schwebende Konflikt zwischen Japan und Rußland an der mandchurischen Nordgrenze zu heißen Flammen auslodern würde. Daß es dort schon mehr als brenzlich riecht, erhelbt am besten aus der unerbittlichen Abreise des russischen Außenministers Tsinow aus Genf, der bestimmt nicht bloß nach Moskau fuhr, um dort an einem — Gewerkschaftskongress teilzunehmen.

Man stelle sich die Situation im Fernen Osten einmal in Umrisen vor: hier die Großmacht Japan, entschlossen, seine Mandchureipolitik bis mindestens zur sibirischen Grenze zu tragen, also über die ostchinesische Bahn hinweg; diese ist der russische Schienenweg nach Wladiwostok, dem einzigen Hafen Sibiriens. Ist auch er ein Ziel des japanischen Vorgehens? Dann die Großmacht Rußland, die sicherlich langsam, aber stetig Truppen zum Schutz seiner Grenzen zusammengezogen hat. Weiter der „Staat“ Mandchurei, dieses japanische Puppentheater, und im Hintergrund China. Zwischen all dem Banden oder Truppenteilungen, teils „Weiße“ Scharen von Russen, die gegen das Sowjetregime kämpfen, teils sowjetrussische Freischärler, die vielleicht auch mit den chinesischen, den neuen Staat bekämpfenden Truppen ein gemeinsames Spiel treiben. Die sowjetrussischen Angehörigen der Bahn werden von den Japanern in Scharen verhaftet — kurzum, im Fernen Osten brodet ein ganz lebhafter Herentsehl, in dessen Mitte die arme, schlecht behandelte Völkerbundkommission steht. Sehr wohl zumute mag ihr dabei kaum sein! Trotzdem will sie sich in eiserner Pflichttreue nun auch noch gar in die Nordmandchurei begeben, läßt vorsichtigerweise aber ihre chinesischen Mitglieder in Mukden zurück. Dort mag Herr Wellington Koo ein wenig Lebensweisheit des Konfuzius rekapitulieren und über die Vergänglichkeit irdischer Größe als Völkerbundkommissar nachdenken.

Selbstverständlich für beide Seiten, für Rußland wie für Japan ist es, daß immer die Schuld, die „Provokation“ bei dem andern liegt. Jeder von ihnen behauptet, daß der andere sich Übergriffe leiste, die eine Verteidigung notwendig machen. Daß Japan in und wegen der Mandchurei auf den ganzen Völkerbund einschließend seiner dortigen Kommission laut und geltend vorkommt, hat sich nun schon in der ganzen Welt herumgesprochen. Die Soldaten des Mikado sind aber für Rußland denn doch andere Segner als die Chinesen, die einst mit der Moskauer Regierung auch wegen der ostchinesischen Bahn einen Konflikt hatten. Das bekam ihnen damals sehr übel. Jetzt sind sie gewissermaßen mit den Russen gut Freund oder heimlich verbündet. Und mancher Waffentransport mag von Norden her über die Grenze gehen, um im Kampf gegen die Japaner Verwendung zu finden.

Geschehen in einem Augenblick, da sich ein Unter-ausschuß der Genfer Konferenz höchst ernsthaft mit der Notwendigkeit einer „moralischen Abrüstung“ der Völker beschäftigt!

Groener bei Hindenburg.

Aber einen etwa zweistündigen Besuch des Reichsinnenministers Groener beim Reichspräsidenten wird folgende amtliche Mitteilung ausgegeben: „Der Reichspräsident empfing den Reichsminister Groener zum Vortrag.“ Von gut unterrichteter Seite erfahren wir dazu, daß Reichsminister Groener sich gegenüber den ausgesprochenen Wünschen des Reichspräsidenten, daß all-Sonderorganisationen der Parteien mit militärischem Charakter gleichmäßig behandelt werden müssen.

In Genf beginnt der Entscheidungskampf

Die Einladung nach Lausanne.

Vorher noch großes Ministertreffen in Genf.

Der englische Botschafter in Berlin hat der Reichsregierung eine Note überreicht, in der die englische Regierung anfragt, ob Deutschland mit dem Beginn der Lausanner Konferenz am 16. Juni einverstanden sei. Eine gleichlautende Note ist in Paris, Rom, Tokio und Brüssel überreicht worden. Die Reichsregierung wird sich sowohl mit dem Zeitpunkt als auch mit dem Ort der Konferenz einverstanden erklären.

In Genf hat eine längere vertrauliche Zusammenkunft zwischen Macdonald, Reichskanzler Brüning und Staatssekretär Stimson stattgefunden. In der Unterredung sollen die drei Minister übereingekommen sein, Tardieu und Grandi zu ersuchen, an den weiteren Besprechungen teilzunehmen. Es erscheint unter diesen Umständen fraglich, ob die ursprünglich vorgesehene Abreise des Reichskanzlers am Mittwoch tatsächlich stattfinden wird. Man erwartet nunmehr die Mitteilung, ob Tardieu und Grandi in den nächsten Tagen nach Genf zurückkehren werden.

Was sind schwere Angriffswaffen?

Die Begriffsbestimmungen des Versailler Vertrages.

Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz hat den Vorschlag des Präsidiums angenommen, nach dem die drei technischen Ausschüsse für die Land-, See- und Luftfragen die Begriffsbestimmung von Angriffswaffen behandeln sollen. Die drei Ausschüsse werden entscheiden müssen, welche Waffengattungen ausgesprochenen Angriffskarakter tragen, für die Zivilbevölkerung in besonderer Weise bedrohlich sind oder eine besondere Gefährdung der Landesverteidigung bedeuten. Die Ausschüsse haben sodann dem Hauptausschuß ihre Vorschläge zu unterbreiten.

Die Verhandlungen des Hauptausschusses werden vorläufig voraussichtlich für zwei bis drei Wochen unterbrochen.

Die noch offenen großen Streitfragen, vor allen Dingen die Gleichberechtigung, soll sehr möglichst in diplomatischen Verhandlungen geklärt werden.

Der Standpunkt der deutschen Delegierten.

Zu den Ausschußverhandlungen der Abrüstungskonferenz über die großen Angriffswaffen wird auf deutscher Seite der Standpunkt vertreten, daß für die Begriffsbestimmung die Waffenverbote des Versailler Vertrages maßgebend sein müssen.

Die hervorragendsten Sachverständigen der Allierten selbst haben auf der Versailler Konferenz die Tanks, schwere Geschütze, die Flugwaffen, U-Boote, Großkampfschiffe sowie die Gase und bakteriologischen Kriegsmittel schon als Angriffswaffen gekennzeichnet, indem sie sie den Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages zugrunde legten.

Abrüstung und Weltwirtschaftskrise.

Stimson vermittelt in der Abrüstungsfrage.

Aber die erste gemeinsame Zusammenkunft zwischen Macdonald, Stimson und Brüning in der Villa des amerikanischen Staatssekretärs ist von englischer Seite eine halbamtliche Mitteilung verbreitet worden, derzufolge die Abrüstungsfrage behandelt worden und der Inhalt der Unterredung dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu und dem italienischen Außenminister Grandi übermittelt worden ist. Über den Inhalt der streng geheim gehaltenen Unterredung wird bekannt:

Stimson erklärte mit großem Nachdruck, daß die Abrüstungskonferenz zu einem erfolgreichen Ausgang nur dann gelangen könne, wenn die deutsche und die französische Regierung zu einer Übereinstimmung in den grundsätzlichen Abrüstungsfragen gelangen.

gleitig gezeigt hat. Eine entsprechende Entschliebung des Reichspräsidenten wird allerdings erst erfolgen, wenn der Reichskanzler selbst wieder nach Berlin zurückgekehrt ist.

Es steht dann zu erwarten, daß die Verordnung des Reichspräsidenten über das SA-Verbot eine Ergänzung findet, in der der Reichsregierung eine gleichmäßige Behandlung derartiger Organisationen zur Pflicht gemacht und in der sie wahrscheinlich weiterhin angefordert wird, eine sorgfältige Überwachung noch bestehender Verbände durchzuführen.

Mit einem Verbot des Reichsbanners als solchem dürfte nicht zu rechnen sein.

Den gleichen Standpunkt hat der englische Ministerpräsident Macdonald eingenommen. Es müssen jetzt praktische Methoden gefunden werden, um so schnell wie möglich zu wirklichen Ergebnissen zu gelangen.

In der Unterredung soll Stimson weitgehende Mitwirkung und Hilfe zur Überwindung der Gegenstände angeboten und sich für die Vermittlung zur Verfügung gestellt haben, da die Überbrückung der europäischen Gegenstände in der Abrüstungsfrage von entscheidender Bedeutung für die Überwindung der Weltwirtschaftskrise sei. Aus diesem Grunde seien die Vereinigten Staaten bereit, mit allen Kräften an der Lösung des europäischen Abrüstungsproblems mitzuwirken.

Brüning wird über den deutschen

Abrüstungsstandpunkt sprechen.

Nach französischer Darstellung soll Reichskanzler Brüning in der gemeinsamen Unterredung mit Macdonald und Stimson erklärt haben, er sei bereit, den grundsätzlichen deutschen Standpunkt in der Abrüstungsfrage in aller Öffentlichkeit und in allen Einzelheiten in Gegenwart des französischen Ministerpräsidenten Tardieu darzulegen, halte es jedoch für richtig, daß auch die Aussprache über den grundsätzlichen Standpunkt der beiden Regierungen in der Abrüstungsfrage bei Anwesenheit Tardiens stattfindet.

Stimson soll nach dem Abschluß der heutigen Unterredung Tardieu telephonisch dringend ersucht haben, zu einer gemeinsamen Besprechung nach Genf zurückzukehren. Tardieu hat, wie nunmehr mitgeteilt wird, sein Eintreffen für Freitag in Aussicht gestellt.

Deutscher Antrag zur Flottenabrüstung.

Die deutsche Abordnung hat im Flottenausschuß der Abrüstungskonferenz den Antrag eingebracht, folgende Gattungen der Seerüstung als Angriffswaffen zu erklären: Linienschiffe über 10 000 Tonnen, Geschütze über 280 Millimeter, Flugzeugmutterchiffe, U-Boote und sämtliche chemischen und bakteriologischen Kampfmittel.

Deutsche amtliche Mitteilung über die

Unterredung Brüning-Stimson-Macdonald.

Von zuständiger deutscher Stelle wird folgende halbamtliche Mitteilung über die Zusammenkunft des Reichskanzlers Brüning mit dem englischen Ministerpräsidenten Macdonald und dem amerikanischen Staatssekretär Stimson veröffentlicht:

Im Laufe des Vormittags hatten der deutsche Reichskanzler Dr. Brüning, der vom Staatssekretär von Bülow begleitet war, und der englische Ministerpräsident Macdonald eine Unterredung mit dem amerikanischen Staatssekretär Stimson, der auf amerikanischer Seite die beiden Vertreter auf der Abrüstungskonferenz, Hugh Gibson und Norman Davis, beivohnten. Gemäß der Verlautbarung, die auf Grund gemeinsamer Vereinbarungen von britischer Seite erfolgte, ist diese Unterredung die Fortsetzung der bisherigen Besprechungen, die in der vergangenen Woche zwischen dem amerikanischen Staatssekretär Stimson und den übrigen Beteiligten, insbesondere dem Reichskanzler Brüning, gepflogen wurden. Der heutige Meinungsaustausch galt einigen wichtigen Punkten der Abrüstungsfrage. Die Besprechung wird nach der am Freitag erfolgenden Rückkehr des französischen Ministerpräsidenten Tardieu nach Genf fortgesetzt. Demgemäß hat der deutsche Reichskanzler Dr. Brüning seine eigentliche schon für Mittwoch beabsichtigte Rückreise nach dieser Besprechung in Aussicht genommen.

Von Seiten der englischen Abordnung ist gleichfalls eine Mitteilung über die Unterredung zwischen Macdonald, Stimson und Brüning veröffentlicht worden, in der hervorgehoben wird, daß in der Unterredung zwischen den drei leitenden Staatsmännern einige Punkte der Abrüstungsfrage erörtert worden sind. Ministerpräsident Macdonald sei gebeten worden, an den weiteren Besprechungen teilzunehmen. Reichskanzler Brüning, der die Absicht gehabt habe, am Mittwoch abzureisen, habe daraufhin seine Abreise verschoben. Macdonald beabsichtigt vorläufig, am Sonnabend zu reisen. In den weiteren Besprechungen wird über diejenigen Punkte verhandelt werden, die bereits in der ersten Besprechung erörtert worden seien.

Vor Einführung der 40-Stunden-Woche.

Nach verlässlichen Informationen wird zur Zeit im Reichsarbeitsministerium der Entwurf einer Rechtsverordnung ausgearbeitet, durch die die 40-Stunden-Woche für bestimmte Gewerbegebiete eingeführt wird. Der Entwurf soll bereits am 28. einer Besprechung in den Länderministerien unterzogen werden.

Die Verordnung zerfällt in zwei Gruppen, von denen die erste die Gewerbegebiete umfaßt, bei denen in Zu-